



Einstimmiger Beschluss Juso Regionalvorstand OWL 28.05.2019

Das Ergebnis der Europawahl ist für die SPD eine Katastrophe. Auch in Ostwestfalen-Lippe sind wir drastisch eingebrochen. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2020 brauchen wir eine ehrliche Analyse, welche Faktoren vor Ort zu diesem Ergebnis beigetragen haben. Gerade wir als Jusos müssen uns die Frage stellen, wie wir mit unserem Wahlkampf die jungen Menschen besser erreichen können.

Insgesamt ist das Einbrechen der SPD aber kein OWL-Phänomen, sondern die Konsequenz der Politik der Bundes-SPD. Viele Menschen bekommen in ihrem Alltag die Konsequenzen der Verschmelzung von neoliberaler Politik mit der Merkel-Technokratie zu spüren. Während der Staat sich aus immer mehr Bereichen des Lebens zurückzieht und sie den kalten Logiken der Märkte überlässt, verspricht die Politik keine positiven Zukunftsentwürfe mehr. Während die Menschen die zunehmende Ungerechtigkeit, den zunehmenden Druck im Wettbewerb, die zunehmende Unsicherheit und die zu langsame Reaktion auf den Klimawandel spüren, zieht sich die Regierungspolitik auf das Abarbeiten von Minimal-Kompromissen zurück. Für die Menschen wirkt diese Politik wie Stillstand.

Die SPD ist derzeit inhaltlich, strategisch und personell nicht in der Lage, eine glaubhafte Alternative zu diesem Stillstand darzustellen.

Wir brauchen deshalb:

- Ein inhaltlich klar linkes Profil. Wir müssen diejenigen sein, die konsequent die Machtfrage in der Wirtschaft stellen. Wir müssen diejenigen sein, die die Digitalisierung nicht zum Projekt der Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen werden lässt. Wir müssen diejenigen sein, die entschlossen die marktradikalen Logik der schwarzen Nullen und Schuldenbremsen überwinden und stattdessen in die Zukunft investieren. Wir müssen diejenigen sein, die die notwendigen Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz nicht gegen soziale Fragen ausspielen.
- Eine Machtoption außerhalb von großen Koalitionen. Die Hoffnung, die SPD könne mit CDU und CSU regieren und sich gleichzeitig als politische Alternative profilieren, hat sich als Fehleinschätzung erwiesen. Demokratie lebt von dem Streit zwischen verschiedenen Grundausrichtungen. Da dieser Streit in einer gemeinsamen Koalition offensichtlich nicht möglich ist, schadet die Koalition der gesamten Demokratie. Eine Fortsetzung der großen Koalition über die Halbzeitbilanz Ende des Jahres hinaus können wir uns daher nicht vorstellen. Stattdessen brauchen wir Gespräche, die ein mögliches rot-rot-grünes Bündnis für die Zukunft vorbereiten.

- Eine neue Aufstellung unseres Spitzenpersonals. In der Vergangenheit hat das Spitzenpersonal zwar oft rotiert, sich aber nicht wirklich erneuert. Unser Personal ist derzeit nicht in der Lage, eine glaubhafte Alternative zur Politik der großen Koalition darzustellen.